



Newsletter 12.2011

der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

FÜR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT !!!

nächste Treffen der Lokalföderation:

5.12.: Occupy-Bewegung und politische Mobilisierung

19.12.: Anarchistische Kritik am Parlamentarismus

montags um 19.30 Uhr in der Bürgerwache

1. Beginn der A-Treffen in OWL

Gründung eines Anarchistischen Forums in OWL
nächstes Treffen: Sa, 10.12., 15.00 Uhr
im Infoladen Bielefeld (Heeper Str. 132)

2. Bielefelder Biowaren - Genossenschaft

Initiative zu ihrer Gründung ergriffen

3. Bally Wulff: Aktionstag in über acht Städten!

Bundesweit organisierte die FAU am 18. November Kundgebungen

4. Der nächste Schritt für Occupy Wall Street: Häuser besetzen, Betriebe besetzen

Diskussion über politische Mobilisierung und soziale Netzwerke/Facebook am 5.12. in der Bürgerwache (Raum 102)

5. Repräsentative Demokratie oder selbstverwaltete Gesellschaft?

Zeitgemäße Gedanken aus anarchistischer Perspektive (Diskussion am 19.12. in der Bürgerwache, Raum 102)

6. Waffen bei Nazis in SHG gefunden

Sprengstoff bei „Autonomen Nationalisten“ beschlagnahmt

7. Opfer rechter Gewalt klagen an

8. Nicht wundern, nur ärgern!

Kommentar zu den Nazi-Morden

9. Der Chefteddy. Anarcho-Poetry von Ralf Burnicki

10. Lesetipp: Patrick Pécherot

Nebel am Montmartre - Belleville-Barcelona - Boulevard der Irren

11. Direkte Aktion #208 (November/Dezember 2011)

12. IT'S TIME TO ORGANIZE !

13. Termine im Dezember



**Finger weg
vom
Streikrecht!**

Gewerkschaftsfreiheit
statt
Arbeitsfront

www.fau.org/streikrecht

FAU IAA



1. Beginn der A-Treffen in OWL

Gründung eines Anarchistischen Forums in OWL. Nächstes Treffen: Sa, 10.12., im Infoladen Bielefeld (Heeper Str. 132) um 15.00 Uhr

Im Infoladen Bielefeld haben sich am Samstag den 5. November die Gruppen **selbAmachen**, **FAU Bielefeld** und das **[libertäre netzwerk lippe]** getroffen. Ziel dieses Treffens war das gemeinsame Kennenlernen und das vernetzen von anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen in Ostwestfalen-Lippe. Zu unserem ersten offiziellen Treffen am Samstag den 10. Dezember im Infoladen Bielefeld (Heeper Str. 132) um 15.00 Uhr, bist du als Einzelperson oder auch ihr als Gruppe herzlich eingeladen.

2. Initiative zur Gründung einer Bielefelder Biowaren - Genossenschaft

Am Montag, dem 21.11. trafen sich etliche Menschen, um die Initiative zur Gründung der **Bielefelder Biowaren Genossenschaft** zu ergreifen.

Biowaren sollen regional und klimagünstig in großem Stil eingekauft werden, um sowohl den Bio-Bauern und -Bäuerinnen als auch den Konsument_innen gute und faire Preise zu verschaffen. Denn welche Konsument_innen können es sich schon leisten, ihren gesamten Bedarf aus dem Bioladen zu decken?

Aber Bio ist nicht gleich Bio. Die Genossenschaft will nicht NUR auf die üblichen Label vertrauen (Bioland, Demeter etc.), sondern auch eigene Recherchen vor Ort machen, um zu schauen, das sie auch von nicht-zertifizierten Produzent_innen beziehen kann (z.B.Äpfel).

Genossenschaft heißt, das basisdemokratisch über die bereitgestellten Produkte entschieden und solidarisch miteinander umgegangen wird. Auch diejenigen, die nicht soviel Geld haben, um normalerweise im Bioladen einkaufen zu können, sollen die Möglichkeit dazu bekommen! Wenn die Genossenschaft so groß ist, das es notwendig und möglich ist, sollen einige Arbeitsplätze im genossenschaftlichen „Bio-Supermarkt“ zu fairen und gleichen Löhnen in allen Bereichen geschaffen werden.

Weggeworfen wird möglichst nichts: Aus Obstresten können Säfte, aus Gemüseresten Suppen, Aufläufe usw. hergestellt und günstig verkauft werden. Die Natur produziert auch keinen Müll, nur Humus, auf dem das Nächste wächst!

Ernährung und Gesundheit sind ein zu wichtiges gut, um sie Konzernen und Bürokraten zu überlassen! Dies soll gemeinsam geändert und wieder in die eigenen Hände genommen werden.

Wer Ideen, Fragen oder Energie zum Mitmachen hat, ist herzlich eingeladen an den Treffen teilzunehmen.

Im Dezember trifft sich die Bielefelder Biowaren - Genossenschaft i.G. jeden Montag in der Bürger_innen_wache, Siegfriedplatz, um 18.00Uhr in Raum104 (1.OG, rechts).

3. Bally Wulff: Aktionstag in über acht Städten!

Bundesweit organisierte die FAU am 18. November Kundgebungen

Der Tag war noch nicht alt in den Berliner Montagehallen von Bally Wulff, als die ersten Außenstellen des Spielautomatenherstellers von aktiven GewerkschafterInnen aufgesucht wurden. Angekündigt waren Aktionen vor zehn von zwölf Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet.

Den Anfang machte die FAU Dortmund um kurz vor 8 Uhr. „Bis auf zwei Ausnahmen“, heißt es in einem Bericht von vor Ort, „hatten die ArbeiterInnen aus dem Gewerbegebiet, mit denen wir gesprochen haben, Interesse und Verständnis für die Sache, da die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die zunehmende Prekarisierung für viele von uns eine reale Erfahrung bzw. Bedrohung darstellen.“



Hintergrund der gewerkschaftlichen Mobilisierung ist folgender: Der Spielautomaten-Hersteller Bally Wulff schließt nach Jahrzehnten einen seiner letzten Bereiche in Berlin, die noch direkt an der Gerätefertigung beteiligt sind. Bis Juli 2012 sollen alle Arbeiten der betriebseigenen Druckerei ausgelagert sein. Bereits im September 2011 erhielten die verbleibenden Drucker,

die maßgeblich für die Optik der Geräte Sorge tragen, ihre Kündigung, genauer: ihre Änderungskündigung. Dieses „Angebot“ umfasst jedoch eine berufliche Herabstufung der Facharbeiter und Lohneinbußen von mehr als 30 Prozent. Als im Betrieb vertretene Gewerkschaft, protestiert die FAU Berlin aufs Schärfste gegen die Pläne der Geschäftsleitung. Für den 18. November hatte sie, nach lokalen Protesten, zu einem ersten [bundesweiten Aktionstag aufgerufen](#). Dadurch soll vor allem der Druck auf die Geschäftsführung erhöht werden.



Zwar liegt der FAU Berlin mittlerweile ein weiteres Gesprächsangebot eines Geschäftsführers vor, doch: "Wir zeigen uns enttäuscht darüber, dass die Geschäftsführung ein vorheriges Gesprächsangebot nicht weiter verfolgt hat und stattdessen versucht, uns juristisch anzugreifen. Zeigen uns aber optimistisch, dass nun Verhandlungen über unsere Forderungen beginnen können, auch wenn der Termin nach der gerichtlichen Güteverhandlung unseres Kollegen liegt (Dienstag 22. November 2011, 9:30 Uhr, Saal 216, Magdeburger Platz 1, Berlin)", so der Sprecher der Sektion Bau und Technik der FAU

Berlin.

Um die gleiche Zeit wie in Dortmund, besuchten etwa ein dutzend Mitglieder der FAU Frankfurt die Bally Wulff-Niederlassung im Industriegebiet von Offenbach. „Zuerst stellten wir uns den Beschäftigten in dem Büro vor und erklärten den Ablauf unseres Protestes“, heißt es in einem [Direktbericht](#). „Anschließend hielten wir über Megafon eine Kundgebung zu den Vorfällen in Berlin und zum Stand der Dinge ab, die auch in den angrenzenden Betrieben zu hören war. Etwa eine Stunde lang gab es eine Picket Line vor dem Eingang von Bally Wulff, während gleichzeitig die Kundschaft der nahegelegenen Betriebe und Werkstätten [...] mit Flyern versorgt wurde.“

Zu Protesten kam es auch in Mannheim. Obwohl die dortige Niederlassung vorher über die Problematik im fernen Berlin informiert worden war, war von der Leitung „keine Stellungnahme zu bekommen“. Ähnlich zugeknöpft zeigte sich die Entertainment GmbH Bally Wulff auch in Hannover, Hamburg und Köln: „Uns wurde von Anfang an der Zutritt zum Gelände verweigert“, meldete das Kölner FAU-Syndikat. Die Resonanz auf die Info-Aktion, unterstützt von der IWW Köln, war darüberhinaus jedoch „durchweg positiv“. Ebenso in Hamburg, wo sich neben dem örtlichen Syndikat auch die FAU Kiel beteiligte: „Der Versuch, mit der Belegschaft ins Gespräch zu kommen, wurde dadurch erschwert, dass man vorsorglich den Vordereingang abgeschlossen hatte.“ Auch der Hintereingang wurde verriegelt. Lange hielt die Trotzburg jedoch nicht stand, ist dem [Bericht der FAU Hamburg](#) zu entnehmen: Schließlich gelangen auch hier die Gewerkschaftsinformationen in den Betrieb. Am späten Vormittag setzte nicht zuletzt die FAU Hannover mit einer kleinen Kundgebung „ein Zeichen der Solidarität mit den von Umstrukturierung betroffenen Kollegen in Berlin-Neukölln“. Die Beteiligten können auch hier von einer Gesprächsbereitschaft nicht [berichten](#). Man „fand sich vor verschlossenen Türen. Die Beschäftigten angrenzender Firmen und die wenigen PassantInnen zeigten sich nichtsdestotrotz interessiert an dem Anliegen der GewerkschafterInnen.“

Reges Interesse seitens der Öffentlichkeit fand auch die FAU Berlin vor. War der Publikumsverkehr vor der Niederlassung in Berlin-Spandau noch recht spärlich, so änderte sich das Bild im Neuköllner Kiez. Zahlreiche EinwohnerInnen zeigten sich bestens informiert und wollten nur wissen, ob die Firma bereits Anzeichen für ein Einlenken zeige. Leider nicht.

Mit einer Kundgebung vor dem Stammwerk legten die SyndikalistInnen zu Schichtende nicht nur die Situation dar, sondern stellten sie auch in einen weiteren Zusammenhang. Denn die Schließung der Betriebsdruckerei ist, nach Auffassung der FAU Berlin, nur der bislang letzte Schritt in einer Reihe von Maßnahmen zu Lasten der Beschäftigten: Bereits im Jahr 2008 wurden im Zuge einer Umstrukturierung große Teile der Belegschaft entlassen oder schieden aus. Die Zahl der Beschäftigten schrumpfte in jenem Jahr von 344 auf 222 zusammen, die Zahl der Drucker wurde drastisch verringert. Die Teilefertigung ist nun, nach Erkenntnissen der FAU Berlin, weitgehend ausgelagert. Die Restbelegschaft in der Montage arbeitet seither auch mit LeiharbeiterInnen zusammen. Und bereits seit 2004 gelten für alle,



die noch fest eingestellt werden, schlechtere Bedingungen in Sachen Urlaub und Wochenarbeitszeit. So dreht ein mittelständisches Unternehmen in Berlin – „arm, aber sexy“ – weiter an der Lohnspirale nach unten.

Auf der Kundgebung ergriff zunächst einer der Betroffenen das Wort, der nach mehr als 20 Jahren von vorn beginnen soll. Weitere Redner wandten sich weiteren Aspekten zu: Outsourcing, Leiharbeit und Gewerkschaftsfreiheit. Letztere rückt wieder (siehe [Arbeitskampffolgen](#)) ins Rampenlicht, weil die Geschäftsleitung derzeit versucht, juristisch gegen die FAU Berlin bzw. einen Vertreter vorzugehen.

Ein Redner betonte, wie wichtig es gerade in Neukölln ist, gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einzutreten. „Denn dort, wo die bloße Forderung nach Beibehaltung des Status Quo, bei der Geschäftsführung schon Revolutionsängste auslöst, ist es wichtig zusammenzustehen und gegen Verschlechterungen vorzugehen: betrieblich und nachbarschaftlich.“

Ein besonderer Höhepunkt war der Auftritt der Band „Atze Wellblech“. Mit Violine und Bass wurde die Nachbarschaft nicht nur mit sozialkritischer Musik beschallt.

Wie auch schon bei vorangegangenen Flyer-Aktionen zeigten sich KollegInnen und NachbarInnen, in Spandau und Neukölln, interessiert an den Entwicklungen bei Bally Wulff und solidarisch den betroffenen Arbeitern.

Mit den Protesten in Berlin, Dortmund, Dresden, Frankfurt/Offenbach, Hamburg, Hannover, Köln und Mannheim demonstrierte die FAU Berlin, dass sie nicht locker lassen wird und sich auch auf die Solidarität der föderierten Gewerkschaften der FAU verlassen kann. Die Forderung ist eindeutig: „Das Arbeitsverhältnis wird in einem Bereich qualifizierter Tätigkeiten, z.B. in der Spiele- bzw. System-Qualitätssicherung, fortgesetzt. Bally Wulff garantiert eine ggf. notwendige Umschulung bzw. Fortbildung des Beschäftigten durch Freistellung und Lohnfortzahlung. Das bisherige Monatsgehalt wird nicht unterschritten. Die Wochenarbeitszeit von 35 Stunden und alle sonstigen arbeitsvertraglichen Bestimmungen werden beibehalten.“

Den Ausdauerrekord stellte an diesem Tag übrigens die junge FAU Dresden auf: vier Stunden Kundgebung! „Nach kurzem Gespräch mit einem Angestellten des Betriebs,“ [berichtet das Allgemeine Syndikat](#) weiter, „bauten wir unseren Infostand auf, um nicht nur über den aktuellen Arbeitskampf, sondern auch über die FAU allgemein und Kampagnenthemen wie Leiharbeit und Streikrecht zu informieren.“ Die Flugblätter wurden, mit Unterstützung des Libertären Netzwerks Dresden, auch an Beschäftigte der benachbarten Betriebe verteilt. „Die Reaktionen der angesprochenen PassantInnen war überwiegend freundlich und verständnisvoll“, einige äußerten „die Hoffnung auf mehr solches entschlossenes Engagement in Sachen Arbeitskampf“.

Update: Poker beim Automatenhersteller Bally Wulff (Stand: 30. November)

Zum Einlenken zeigten sich Vertreter des Managements weder beim ersten Gerichtstermin noch bei einem Verhandlungsgespräch bereit. Immerhin konnte die Anwältin von Bally Wulff versichern, dass es keine Verschlechterung in Sachen Arbeitszeit und Urlaubsanspruch geben wird. Zwei der drei Forderungen der FAU Berlin bleiben jedoch aktuell.

Zuletzt war auf Betreiben der FAU Berlin ein Gespräch mit dem zuständigen Geschäftsführer zustande gekommen. Mehr als eine Pflichtübung aber war es nicht: Während die Anarchosyndikalisten ganz praktisch das Problem der Änderungskündigung aus der Welt schaffen wollten, ging es dem Gerätehersteller vor allem darum, sich zu erklären: Warum Bally Wulff 2008 zur Rettung der Firma massiv Arbeitsplätze hatte abbauen müssen. Gewerkschaften in aller Welt kennen diese Litanei.

Derweil berichteten auch bundesweite Tageszeitungen, bisher das [Neue Deutschland](#) und die [taz](#), über den Fall. Die FAU Berlin plant nun weitere Schritte.

4. Der nächste Schritt für Occupy Wall Street: Häuser besetzen, Betriebe besetzen

Wie weiter mit der Occupy-Bewegung? (Diskussion am 5.12. in der Bürgerwache)

Um ihr zweimonatiges Bestehen zu demonstrieren, hatte die „Occupy Wall Street“-Bewegung für Donnerstag, den 17. November 2011, zu einem Aktionstag in New York und landesweit aufgerufen. Trotz der Räumung des Camps im Zuccotti Park zwei Tage vorher, hielt die Bewegung am Aktionstag fest und einige Tausend beteiligten sich an verschiedenen Aktionen, unter anderem an einer Versammlung zur Unterstützung von ArbeiterInnen im Kampf um Arbeitsplätze am Foley Square. Das linke Online-Magazin »Insurgent Notes« um Loren Goldner verteilte bei den Protesten

das nachstehend übersetzte Flugblatt, das nach der Bedeutung der Proteste und der möglichen weiteren Entwicklung fragt.

Nach zwei Monaten der Besetzungen und nachdem sie in Portland, Oakland und jetzt in Manhattan angegriffen wurden, könnte die Occupy-Wall-Street-Bewegung (OWS) heute kurz davor stehen, einen Schritt weiter zu gehen – die massenhafte Versammlung der StudentInnen am Union Square und die von ArbeiterInnen am Foley Square könnten versuchen, den zunehmenden Ruf nach einem Generalstreik in die Tat umzusetzen. Dann sollten nicht mehr nur Plätze, sondern auch Häuser im Hinblick auf den kommenden Winter besetzt werden. Darüber hinaus sollten Betriebe besetzt werden, wodurch die Arbeiterklasse das ganze System blockieren könnte. Dies wäre ein weiterer Schritt in die Richtung, die Verwaltung der Gesellschaft auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Was immer heute (am 17. November) und in der kommenden Aktionswoche geschehen mag, es ist an der Zeit, die Stärken und Schwächen der Platzbesetzungen in New York und in den ganzen USA abzuschätzen.

Es steht außer Frage, dass es sich hier um die wichtigste Bewegung handelt, die wir in den letzten vierzig Jahren auf den Straßen der USA erlebt haben. Allein schon die Tatsache, dass sie sich innerhalb weniger Wochen auf tausend Städte ausweitete, bezeugt dies. Das lawinenartige Anschwellen der „Forderungen“ hat die gesellschaftliche und ökonomische Misere von vierzig Jahren, deren passives Erdulden nur von gelegentlichen Ausbrüchen des Widerstands unterbrochen worden war, mit einem Mal zu einer nicht mehr zu leugnenden Realität gemacht. Politiker, Fernsehikonen und diverse Experten sind völlig unvorbereitet von einer Bewegung erwischt worden, die in ihrem plötzlich völlig bedeutungslos gewordenen Universum nicht mehr mitspielen wollen. Auch wenn viele Statements der Bewegung wie aus einer „Wundertüte“ zu stammen scheinen, hat sie es ganz zu recht vermieden, sich zu sehr mit bestimmten Forderungen, Ideologien oder Anführern zu identifizieren. Aus der jahrelangen alltäglichen sozialen Realität hat sie nur zu gut gelernt, nicht auf dieses Spiel hereinzufallen. Hinter allem steht das, was die Bewegung zum Ausdruck bringt: Die Ablehnung einer Gesellschaft, die immer mehr Menschen auf den Schrotthaufen wirft. Würde sich die Bewegung zu sehr auf irgendeine Wunschliste von Forderungen beziehen, würde sie zurückbleiben hinter ihrem eigenen tiefen Gespür dafür, dass sich alles ändern muss, und der Gewissheit, das nichts so bleiben kann, wie es ist.

Die wichtigsten Kräfte, die über das Potenzial zur Umlenkung dieser Bewegung in geordnete Kanäle verfügen (die Demokratische Partei und die Gewerkschaftsvertreter), ringen nun darum, die Bewegung zu kontrollieren, zu zerstreuen und zu unterdrücken, so wie sie es zum Beispiel im Frühjahr in Wisconsin geschafft hatten. Aber ganz so einfach gelingt ihnen das nicht.

Angesichts von Platzbesetzungen in tausend Städten verbieten sich vorschnelle Verallgemeinerungen. Die Medien hatten versucht, den Kern der Bewegung als jung, weiß, arbeitslos und „Mittelschicht“ zu beschreiben – wobei letzteres sich zunehmend als irreführende Bezeichnung für die Arbeiterklasse entpuppt. Aber unabhängig davon, wie sich die Bewegung in der Anfangsphase zusammensetzte, hat sie sich in verschiedenen Städten durch die starke Beteiligung von Schwarzen, Latinos und älteren Menschen deutlich ausgeweitet (am sichtbarsten wurde dies bei der Massendemonstration zum Hafen von Oakland am 2. November).

Wir wollen hier nicht näher auf die tausenden von Slogans eingehen – diese Vielfalt ist nur zu verständlich bei einer so jungen Bewegung, die zum großen Teil aus Menschen besteht, die zum ersten Mal in ihrem Leben eine solche Erfahrung machen. Vorstellungen wie die „1%“, „die Reichen sollen ihren fairen Anteil bezahlen“, „lasst die Banken blechen“ oder „schafft die Zentralbank ab“ finden sich dort genauso wie Angriffe auf den „Kapitalismus“. Mit der starken Konzentration auf die „Banken“ wird sicherlich übersehen, dass die Quelle des massenhaften Elends in der Krise des kapitalistischen Systems, eines Systems der Lohnarbeit, liegt. Daher gibt es auch keine Vorschläge, die Krise durch den Aufbau einer Welt jenseits der Lohnarbeit zu überwinden, also durch eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft (wobei wir uns darüber im Klaren sind, dass diese Worte in allzu vielen Fällen missbraucht worden sind). Um zu einer solchen Orientierung zu gelangen, müsste offen über die Klassenfrage gesprochen werden. Es ist offensichtlich, dass sich die große Mehrheit der Menschen aus der Arbeiterklasse in den USA trotz ihrer Sympathien für die Bewegung nicht aktiv an ihr beteiligt – vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil sie arbeiten und um ihr tägliches Überleben ringen.

Die Bewegung der Platzbesetzungen muss die kreative Militanz von tausenden Menschen auf der Straße nutzen, um die große Mehrheit zu erreichen, die manchmal nur ein paar Blöcke von den Straßenkämpfen entfernt ganz normal ihren Geschäften nachzugehen scheint. Die zunehmende Zahl von Aktionen gegen Zwangsversteigerungen und Zwangsräumungen hat zur

Ausweitung der Bewegung beigetragen. Ein wichtiger nächster Schritt könnte darin bestehen, Häuser zu besetzen, um Orte für Versammlungen und dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, oder für Workshops und Veranstaltungen. Darüber hinaus sollte die Bewegung mit Arbeitsniederlegungen und Betriebsbesetzungen verbunden werden, wodurch in schärferer Weise als bisher die Frage des Privateigentums und die Frage „Wer herrscht?“ aufgeworfen würde.

Ein nahe liegender Anknüpfungspunkt sind die anstehenden Tarifverhandlungen des Local 100 der Transit Workers Union (Gewerkschaft der Bus- und U-Bahn-FahrerInnen in New York City). Ein weiterer wäre die anhaltende Pattsituation zwischen dem Local 21 der Hafentarbeiter an der Westküste (ILWU) in Longview (Washington) und der EGT-Corporation, die massenhaft Streikbrecher einsetzt. Oder die geplante Besetzung von fünf öffentlichen Schulen in Oakland zusammen mit Eltern und SchülerInnen, um ihre Schließung zu verhindern. Wir sind uns sicher, dass es der Bewegung im Rahmen solcher Aktionen nicht schwer fallen wird, zwischen den ArbeiterInnen an der Basis (die sich bereits bei einigen Gelegenheiten beteiligt haben) und den Gewerkschaftsbürokraten zu unterscheiden, die eine zahnlose „Solidaritätserklärung“ nach der anderen verabschieden, ohne die geringste, noch nicht einmal symbolische Mobilisierung.

Noch weniger müssen wir uns mit den Politikern der Demokratischen Partei aufhalten, allen voran der Bürgermeisterin von Oakland Jean Quan, die versucht haben, die Bewegung für ihre eigenen Ziele zu benutzen, bevor sie dann die Bereitschaftspolizei schickten.

Besetzungen sind jedoch nur ein weiterer Schritt: Darüberhinaus wird es darum gehen, die gesellschaftliche Produktion zu übernehmen, sie an unseren Bedürfnissen auszurichten und sie auf eine völlig neue Grundlage zu stellen.

Was auch immer in der nächsten Zukunft geschehen wird, die Mauer des Schweigens über 40 Jahre lang aufgehäuftes Elend ist durchbrochen worden. Jeden Tag werden neue Angriffe auf die arbeitenden Menschen bekannt, während der globale Kapitalismus außer Kontrolle gerät. Noch nie war so klar, dass die kapitalistische „Normalität“ auf der Passivität derjenigen beruht, die unterdrückt werden, um das System zu retten. Mit dieser Passivität ist es vorbei – von Tunesien und Ägypten über Griechenland und Spanien bis nach New York, Oakland, Seattle und Portland. Heute stellt sich die Aufgabe, alles dafür zu tun, diesen point of no return zu erreichen, an dem die Verhältnisse danach schreien: „Wir haben die Chance, die Welt zu verändern – ergreifen wir sie!“

5. Repräsentative Demokratie oder selbstverwaltete Gesellschaft?

Zeitgemäße Gedanken aus anarchistischer Perspektive (Diskussion am 19.12. in der Bürgerwache)

Es ist ein gängiger Leitsatz, dass Demokratie dazu dient, die Interessen der Mitglieder einer Gesellschaft in den politischen Entscheidungen abzubilden. Doch wie ist die Wirklichkeit? Ganz im Gegenteil finden sich in Demokratien Hierarchien, Befehls- und Gehorsamsverhältnisse und Herrschaft.

Hierarchie bedeutet, dass eine Unterordnung geprägt ist, die Gehorsamsverhältnisse Merkmal von „Herrschaft. Im aber bereits darin zeigen, dass (Christian Fuchs) gibt, die über durchzusetzen, als andere. Für charakteristisch, dass sie über kollektiv-bindende Christian Fuchs zufolge höheren Position in sozialen die prinzipielle Möglichkeit, ihre Präferenzen auf Kosten anderer durchzusetzen. Solche Teilsysteme können also Entscheidungen herbeiführen, die zu Lasten derjenigen gehen, die in der hierarchischen Ordnung weiter unten angesiedelt sind.



Organisation durch Über- und sich über Befehls- und ausdrücken kann (nach Max Weber das weitesten Sinne können sich Hierarchien es in einer Sozialordnung „Teilsysteme“ größere Chancen verfügen, Interessen einige dieser Teilsysteme ist dabei mehr Einfluss als andere verfügen, Entscheidungen herzustellen. Sie können „Vorteile nutzen, die sich für sie aus ihrer Hierarchien ergeben“, und sie haben hier

AnarchistInnen („an-archia“, das heißt „ohne Herrschaft“) lehnen solche sozialen Asymmetrien rundweg ab und streben stattdessen danach, einen Zustand sozialer, politischer und ökonomischer Egalität herbeizuführen. Dabei geht es um eine Sozialordnung mit gleichberechtigten Beziehungen der Individuen und gleichberechtigtem Mitspracherecht bei Entscheidungen.

Repräsentation als soziale Pyramide

Menschen, die nach Herrschaftsfreiheit streben, geraten rasch in Opposition zu Repräsentativdemokratien. Denn in repräsentativen Demokratien entstehen politische und räumliche Strukturen, die soziale Pyramiden bedeuten sowie Zentren und Peripherien konstituieren (z.B. Regierungssitze und Bevölkerung). Je mehr eine gegliederte Arbeitsteiligkeit existiert mit politischen EntscheidungsträgerInnen samt Verwaltung auf der einen Seite und der Bürgerschaft auf der anderen Seite, je mehr also eine Trennung der Lebens- und Entscheidungsbereiche praktiziert wird, desto eher erlauben die gesellschaftlichen Verhältnisse hierarchische Spaltungen. Und je deutlicher Politik und BürgerInnen, Entscheidungszentralen und Entscheidungsbetroffene auseinanderdividiert sind, desto eher wird der Zustand einer politischen Hierarchie stabilisiert. Auch gewählte Regierungen sind aus anarchistischer Sicht ein Ausdruck asymmetrischer Verhältnisse und wie auch fehlender politischer Gleichberechtigung, denn der/die einzelne BürgerIn verfügt weder jederzeit noch in gleichem Maße über Entscheidungsbefugnisse wie eine Regierung. Konsequenterweise beinhaltet die Gesellschaftsvorstellung des Anarchismus auch keine Wahl von RepräsentantInnen, sondern es sollen jederzeit alle Menschen an sie betreffenden Entscheidungen mitwirken. Vor diesem Hintergrund wird eine Regierung geradezu als Zumutung betrachtet.

Am Parlamentarismus wird kritisiert, dass die gewählten EntscheidungsträgerInnen „prinzipiell unzugänglich“ bleiben. Es wird die Entscheidungsmacht der Abgeordneten und damit das Fehlen von Verpflichtung gegenüber ihren WählerInnen bemängelt. Es wird kritisiert, dass eine Mehrheit über eine Minderheit mitentscheidet – ohne jegliches Vetorecht der Betroffenen. Außerdem wird problematisiert, dass es faktisch den „Beruf der professionellen PolitikerIn“ gibt, was zu einer Machtanhäufung in den Händen Weniger führt. Schließlich wird kritisiert, dass parlamentarischer „Pragmatismus“ zur Stagnation des Politischen führt, weil parlamentarische NachfolgerInnen nicht losgelöst von der Politik der VorgängerInnen agieren können. Entscheidend aber bleibt eine grundsätzliche Kritik. Parlamentarische Repräsentation bedeutet, dass eine BürgerInnenenschaft EntscheidungsträgerInnen in ein Parlament wählt, ohne dass diese nach der Wahl irgendeiner direkten Kontrolle der WählerInnenenschaft unterliegen, noch dass sie durch die WählerInnenenschaft vor Ablauf der festgelegten Zeit absetzbar sind. Das ist aus anarchistischer Sicht völlig herrschaftlich. Auch wird kritisiert, dass eine Mehrheit der WählerInnenenschaft, deren gewählte Partei die Regierung stellt, über die Geschicke einer Minderheit mitentscheidet. Minderheiten scheinen nach einer Wahl bestenfalls noch als Opposition geeignet. Doch warum sollte eine Minderheit von Nicht-Einverstandenen die kollektive Entscheidung einer Mehrheit überhaupt hinnehmen? Die bloße Gewohnheit oder spekulative Aussicht, irgendwann selbst einmal Mehrheit zu werden, rechtfertigt eine solche Hinnahme ebenso wenig wie der historische Prozess, der ergab, dass Mehrheitsentscheidungen für alle Mitglieder einer Gesellschaft (also auch für Minderheiten) als bindend angesehen wurden.

Repräsentation als Produktion von Benachteiligten

Die in anarchistischen Medien wiederkehrende Kritik am Parlamentarismus zielt u.a auf drei wesentliche Punkte: 1. RepräsentantInnen zu wählen, die zudem für einen längeren Zeitraum mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, läuft dem Anspruch auf politische Partizipation zuwider. 2. Mit der Wahl von RepräsentantInnen entscheidet eine Mehrheit gegen den Willen einer Minderheit. Diese Minderheit muss ihren Willen „zurückstecken“. Es ist problematisch, dass ein Mehrheitsvotum mehr wiegt als das Votum von Minderheiten. 3. RepräsentantInnen produzieren und übergehen Betroffene, indem sie Gesetze einbringen und Beschlüsse fassen, die Bevölkerungsteile benachteiligen (z.B. Maßnahmen für eine Ökonomisierung der Bildung, das Recht auf Asyl abschaffen oder verschärfen, Kürzung der Sozialhilfe, usw.).

Diese Gesichtspunkte stimmen gegenüber parlamentarischen bzw. repräsentativen Demokratien bedenklich. Allein der dritte Aspekt verdeutlicht, dass sich in parlamentarischen Demokratien „Herrschaft“ im Sinne von Befehls- und Gehorsamsverhältnissen (Max Weber) äußert. Die von einer Regierung (in Abstimmung mit weiteren staatlichen Institutionen) durchgebrachten Gesetze haben den Charakter allgemeiner Verbindlichkeit, d.h. die Betroffenen an der „Bevölkerungsbasis“ haben sich zu fügen, sich danach auszurichten, zu gehorchen. Wie gesagt zeigen sich Hierarchien aber bereits darin, dass es in einer Sozialordnung Teilsysteme gibt, die über größere Chancen verfügen Interessen durchzusetzen, als andere. Für einige dieser Teilsysteme ist dabei charakteristisch, dass sie über mehr Einfluss auf die Herstellung kollektiv-bindender Entscheidungen verfügen, als andere. Dies beinhaltet die prinzipielle Chance, eigene Präferenzen zu Lasten derjenigen durchzusetzen, die in der hierarchischen Ordnung weiter unten angesiedelt sind. Mit der Wahl von RepräsentantInnen, die für eine längere Zeitspanne mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, wird genau jenes Teilsystem eingesetzt, das über einen großen Einfluss auf die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen verfügt. Innerhalb

der Legislaturperioden sind RepräsentantInnen niemandem verpflichtet. Betroffene von Entscheidungen müssen demnach nicht bei Entscheidungen berücksichtigt, geschweige denn persönlich hinzugezogen werden. Sie können also gegen ihren Willen übervorteilt werden.

Indem in parlamentarischen Demokratien das Votum einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit privilegiert ist, wird wiederum eine „Rangordnung“ hergestellt. Eine Opposition ist schnell zum verbalen Korrektiv herabgestuft und mit geringen Einflussmöglichkeiten im politischen System ausgestattet. Etliche Oppositionsmeinungen, die z.B. eine Prozenzhürde nicht überspringen konnten oder von den Medien als uninteressant eingestuft werden, finden sich überhaupt nicht öffentlich repräsentiert. Ebenso wie – und das ist der Widersinn einer repräsentativen Demokratie – diejenigen Bevölkerungsteile, die ansässig sind, aber gar nicht über das Wahlrecht verfügen.

Für eine selbstverwaltete Gesellschaft

Im Gegensatz zu AnhängerInnen einer repräsentativen Demokratie drängen AnarchistInnen darauf, dass Betroffene gleichberechtigt an politischen Entscheidungen partizipieren können und dass politische Entscheidungen in einen „öffentlichen gesellschaftlichen Raum“ (Wolfgang Haug) zurückgeholt werden. Um dies näher zu beschreiben, griffen in der Tradition des Anarchismus stehende Theoretiker wie z.B. Cornelius Castoriadis auf den Begriff der „autonomen Gesellschaft“ zurück. Diese autonome Gesellschaft sei dadurch gekennzeichnet, dass sie sich zwar Institutionen schafft, diese allerdings ständig hinterfragt und verändert, anstatt von ihren selbstgeschaffenen Institutionen bestimmt zu werden. Alle haben hier die gleichen Mitspracherechte, alle haben die jederzeitige Chance, mitzuwirken. Hier fußen Bedeutungen auf dem alltäglichen Leben, hier wird Gesellschaft von den Betroffenen gemacht statt umgekehrt. Solche Formen sozialer Selbstkonstituierungen sind in der Geschichte der politischen Bewegungen immer wieder realisiert worden: in den Town-Meetings in der amerikanischen Revolution, in Sektionen der Französischen Revolution, in der Pariser Kommune, bei den Arbeiterräten und den Sowjets in der Frühform, bei den ArbeiterInnenräten der 1920er Jahre und in der anarchistischen Rätevorstellung, wie sie beispielsweise heute in der Freien ArbeiterInnen-Union (FAU) praktiziert wird. Ihnen allen ist gemein, dass die Repräsentation bei politischen oder anderen Entscheidungen als kein Modell betrachtet wird, das automatisch zur Demokratie gehört, sie wird sogar als „ein der Demokratie fremdes, aristokratisches Prinzip“ (S. Münster) gesehen.

Aus dem Blickwinkel der von Castoriadis befürworteten autonomen Gesellschaft sind Hierarchielosigkeit bzw. (soziale, politische und ökonomische) Gleichberechtigung die Voraussetzung für einen emanzipativen Prozess der Selbstbestimmung. Der öffentliche Raum und die sozialen Beziehungen in ihm bedürfen der völligen Gleichstellung der Individuen, um Prozesse unparteilichen Denkens zu ermöglichen. Dabei sei eine „gesellschaftlich verallgemeinerte Autonomie nicht etwa nur eine demokratietheoretische Frage im Sinne einer abgespaltenen Sphäre“, sondern es geht um die Gesamtheit sozialer Verhältnisse und Beziehungen: „Eine autonome Gesellschaft kann nicht entstehen und bestehen, wenn die Spaltungen in Führer und Geführte, in Befehlende und Ausführende, Eigentümer und Eigentumslose usw. aufrechterhalten bleiben“ (S. Münster). Damit mündet die soziale Frage in die Forderung nach der umfassenden Abschaffung sozialer Asymmetrien.

Autonome Gesellschaft: Offenheit für Öffentlichkeit

Die gesellschaftlichen Institutionen in einer autonomen Gesellschaft hätten dem Anspruch auf soziale Gleichberechtigung nicht entgegenzustehen, sondern ihn umzusetzen. In einer autonomen Gesellschaft gäbe es keine über Jahrzehnte feststehenden institutionell gesicherten Formen der Kommunikation wie etwa das Parlament. Stattdessen gäbe es idealerweise nun allerorten eine Mitentscheidung im Rahmen einer allgemeinen und öffentlichen Kommunikation, die sich mit der praktischen Frage befasst, wie die Menschen miteinander leben wollen und werden. Partizipation geriete hier vom fernen Mithören der Parlamentsdebatten zur direkten Kommunikation, zur eigenen Beteiligung, zum direkten und wechselseitigen Hineinhorchen in den Willen der anderen, der versammelten Gemeinde, und zur Herstellung gemeinschaftlicher Entscheidungen. Gesellschaftliche Einrichtungen oder Gesprächsräume würden nicht installiert, um Gremien von Fachleuten ein Forum zu bieten, sondern um viele öffentliche Diskussionsforen und Entscheidungsgelegenheiten zu ermöglichen und Entscheidungen von dem fortschreitenden Willen der Menschen abhängig zu machen. Regeln hätten einen bewusst vorläufigen Bestand, wodurch das „Abseits der Regel“ möglichen Auftrieb erhält. So wäre diese Gesellschaft ständig „im Flusse“, ein permanenter Prozess der Delegation von Erkenntnissen und „politischen Autoritäten“, abseits von fest verteilten Aufgaben und Funktionen. Dies erscheint als eine politische Ordnung, die gegenüber der repräsentativen Demokratie offener wäre für das, was unmittelbar geschieht, offener für das Ereignis. Ein „open-ear“-Prozess und eine „face-to-face“-Partizipation wären Grundlage einer fraktalen Gesellschaftsordnung, in der sich die Frage nach der Legitimation von Herrschenden erledigt hat und durch den Blick auf die persönlichen kooperativen

Möglichkeiten ersetzt wird. Die Institutionen sind dazu da, eine Vergrößerung dieser kooperativen Möglichkeiten zu erwirken, sie sind von der Bevölkerungsbasis gestaltet, von ihr abhängig und offen für Meinungswandel – der Fluss der Kommunikation fließt gleichsam durch sie hindurch und nicht an ihnen vorbei. Die Offenheit dieser Institutionen für Öffentlichkeit wäre idealerweise der Garant für Partizipation.

Dies wäre dann Direktdemokratie oder Basisdemokratie unter anarchistischen Vorzeichen, oder (weil in Teilen der anarchistischen Bewegung Bedenken bestehen, den Begriff der Demokratie zu nutzen) auch schlicht Selbstverwaltung – synonyme Begriffe für denselben Versuch, der demokratischen Schwäche der repräsentativen Demokratie eine Alternative entgegenzuhalten, in der sich die oben genannten Problematiken des Repräsentationsprinzips auflösen.

In den Einrichtungen dieser selbstverwalteten Gesellschaft könnte die angestrebte Mitwirkung aller Menschen an sämtlichen Entscheidungen, die sie betreffen, umgesetzt werden. Ebenso könnten diejenigen, die von einer angestrebten Entscheidungsperspektive Nachteile erfahren würden, ein Vetorecht ausüben. Ein höhergestelltes Entscheidungsgremium als die Versammlung der (von einer Entscheidungsperspektive) Betroffenen gäbe es nicht. Dies setzt die Dezentralisierung politischer Entscheidungen voraus sowie, dass jetzige Entscheidungszentren durch Basisentscheidungen vor Ort ersetzt würden.

Wie eine solche Gesellschaft nun aber nicht nur angedacht und angestrebt, sondern tatsächlich erreicht werden kann, das ist eine Frage, die sich hier nicht in Kürze beantworten lässt, auf die aber jeder und jede eine persönliche Antwort finden kann. Und damit beginnt oder scheitert die Idee bereits. Das Modell der autonomen Gesellschaft wird allerdings durch einen großzügigen Optimismus getragen. Denn die von Castoriadis und AnarchistInnen befürwortete autonome Gesellschaft fußt letztlich auf der Annahme, dass ein breiter Wille der Bevölkerung zur politischen Partizipation überhaupt (jetzt oder irgendwann) vorliegt.

6. Waffen bei Nazis in SHG gefunden

Sprengstoff bei „Autonomen Nationalisten“ beschlagnahmt

Bückerburg – Die Polizei hat bei Neonazis im niedersächsischen Bückerburg (Kreis Schaumburg) Waffen und Sprengstoff gefunden.

Die Beamten des Staatsschutzes durchsuchten am Dienstag (08.11.2011) auf richterliche Anordnung die Wohnungen von drei Rechtsextremisten. Neben einer Präzisionsschleuder mit Stahlkugeln konnte die Polizei umfangreiches Beweismaterial sicherstellen. Auch Computer sollen bei der Razzia konfisziert worden sein.

Die 17, 18 und 19 Jahre alten Neonazis, die den „Autonomen Nationalisten Bückerburg“ angehören, sollen mehrfach Fensterscheiben von Nazigegnern zerschossen und mit Sprengkörpern Straftaten begangen haben. Unter anderem wegen des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz wird ermittelt.

Rund 15 Personen zählt die Polizei zu den „Autonomen Nationalisten Bückerburg“, die in den vergangenen Monaten immer wieder durch teils schwere Gewaltdelikte aufgefallen sind. Zivilgesellschaftliche Gruppen rechnen dem Umfeld der Neonazi-Bande etwa 40 Personen zu.

7. Opfer rechter Gewalt klagen an

„Nach den rassistischen Terroranschlägen in Norwegen beteuerte Innenminister Friedrich, dass es in Deutschland keinerlei Anzeichen für rechtsextremen Terror gebe.

Eine Aussage, die nicht so recht zu unseren Beobachtungen passen wollte.

Wenige Monate später hat die Wirklichkeit die Wahrnehmung des Ministers eingeholt.

Eher zufällig stieß die Polizei auf eine rechte Terrorzelle. Seit mindestens 10 Jahren hat diese Gruppe von Neonazis gebombt und gemordet. Zu ihren Opfern gehören eine Polizistin und mindestens neun Menschen mit Migrationshintergrund.

Diesen Opfern und ihren Angehörigen wollen wir unser Mitgefühl aussprechen.

Geschehen konnte die Mehrzahl dieser Verbrechen, weil die Ermittler die Zusammenhänge nicht folgerichtig eingeordnet hatten. An Stelle von mordenden Nazis wurde nach Mafioso gesucht. Die Polizisten waren offenbar auf dem rechten Auge blind und folgten verbreiteten Vorurteilen gegen Kleingewerbetreibende mit Migrationshintergrund.

Derweil wurde in der Nazi-Szene sowohl die Terrororganisation NSU als auch die Mordserie von Rechts-Rock-Bands besungen ohne daß der Verfassungsschutz die richtigen Schlüsse zog. Als nutzlos erwiesen sich auch die ungefähr 100 in der NPD tätigen V-Leute.

Auch wenn die Ermittlungen gegen die Terroristen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘

noch am Anfang stehen, und mögliche Verwicklungen des Verfassungsschutzes noch zu prüfen sind, ist schon klar, dass die Verharmlosung neonazistischer und rassistischer Ideologie und Gewalt durch Behörden und Medien sowie ein tiefverwurzelter Alltags-rassismus deren Mordserie ermöglicht hat.

Aber nicht nur diese Opfer klagen an. In den letzten 20 Jahren haben AntifaschistInnen 182 Opfer von rechter Gewalt gezählt. Denkwürdig ist, dass die Behörden nur 46 Opfer kennen wollen. Bei dieser Schönung der Zählungen zeigt sich, dass Nazi-Gewalt systematisch verharmlost wird, obwohl sie organisch zur Nazi-Ideologie gehört. Damit muss Schluss sein ebenso wie mit dem Rassismus, der bis in „die Mitte der Gesellschaft“ reicht.

Rassistische Äußerungen und Verhaltensweisen sowie die Diskriminierung von Minderheiten müssen geächtet und streng bestraft werden. Dies gilt nicht nur für Rechts-Rock-Bands mit Hard-Core-Nazi-Botschaften, sondern auch für den uns stets umgebenden Alltagsrassismus. Insbesondere muss die Praxis von Behörden davon gereinigt werden.

Darüber hinaus fordern wir den sofortigen Abzug aller V-Leute aus dem Nazi-Milieu und das umgehende Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen.“

Dies wurde von der VVN-BdA Krefeld zugeschickt.

Gefunden auf: <http://libertaereantispe.blogspot.de/>

8. Nicht wundern, nur ärgern?!

Kommentar zu den Nazi-Morden

In den letzten Tagen durften wir alle mal wieder eine Menge lernen!

Die „Döner Morde“ sind aufgeklärt!!!

Der interessierte Laie, der bei der Döner Mordserie an radikale Tierschützer oder sowas dachte, lag falsch. Unter dieser absurden undifferenzierten Überschrift (es wurden, um die Terminologie mal beizubehalten, auch ein Gyros und eine Bulette getötet) wurde damit in vielen Medien auf die Mordserie durch Neonazis verwiesen.

Im Rahmen dieser Berichterstattung gab es dann total Aufsehen erregende Erkenntnisse.

Nazis sind gar nicht immer alleine!!!

Eigentlich ist diese Vermutung nahe liegend. Wer einer solchen Menschenverachtenden Ideologie anhängt kann eigentlich keine Freunde haben.

Im Gegenzug ging/geht man interessanterweise davon aus, dass alle, die Atomkraft scheiße finden oder auch mal Punk-Musik hören und gehört haben ideologisch geschulte Teile einer durchorganisierten Terroristischen Vereinigung sind. So greift unser aller Familienministerin Schröder z.B. den Slime Text „Demokratie“ von 1979 -topaktuell also- in ihrer Broschüre „Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern“ von September 2011 auf, um zu verdeutlichen, wie böse und total gefährlich die Linken sind. Ja ja, die Mitte ist immer das richtige Maß ... aber das ist jetzt alles ein anderes Thema!

Also, man stellt fest, dass Nazis, obwohl sie einer bekloppten Idee anhängen, nicht alleine sind. Das sie also nicht nur Unterstützung durch den Verfassungsschutz bekommen, ohne den es z.B. die NPD wahrscheinlich schon nicht mehr gäbe, sondern auch eigene Strukturen aufgebaut haben.

Man stellte allerdings nicht fest, dass es eine Grundhaltung in der Gesellschaft gibt, die den Tätern vielfach die Möglichkeit bietet sich als die zu sehen, die das aussprechen, was die Bürger denken und die so handeln, wie es die Bürger gerne würden..

Nazis sind doch gefährlich!

In den letzten Jahrzehnten wurde z.B. bei den über 150 Opfern rechter Gewalt zwischen 1990 und 2010 aber auch bei den Übergriffen in Rostock 1992, bei denen Nazis vier (4!) Tage lang eine Asylbewerberunterkunft unter dem Applaus der Bevölkerung und den Augen der Polizei attackieren konnten, davon ausgegangen, dass es sich um die Taten von temporär verwirrten, unorganisierten und eher unpolitischen ggf. leicht rechts eingestellten Jugendlichen handelt, welche in üblichen Streitereien zwischen jungen Menschen halt mal das Maß aus dem Auge verlieren.

Wenn die erst mal aus dem Alter raus sind, mal richtig was zu arbeiten, Frau und Kind haben, dann hört das auf. So richtig böse meinen die das ja nicht und die Opfer waren ja in der Regel auch keine Personen des öffentlichen Interesses. Denen war nur langweilig. Da muss man sich keine Sorgen machen.



Schlimm sind ja z.B. brennende Autos. Holla, wenn das Überhand nimmt. Da ist der Terror nah ... aber das ist jetzt alles schon wieder ein anderes Thema!

Nun gut, wenn die Nazis aber jetzt auch Banken ausrauben um die Zeit im Untergrund zu finanzieren und nicht nur mal so einen Obdachlosen oder Linken oder so abmurksen, ist das doch echt böse. Man sieht also schon irgendwo ein Problem.

Man stellt allerdings nicht fest, dass dieses Problem nicht durch das Verhindern antifaschistischer Arbeit und dem Kleinreden von Naziaktivitäten gelöst werden kann.

Der Verfassungsschutz und die Polizei waren bei dieser ganzen Aktion gar nicht richtig erfolgreich!

Dass der Verfassungsschutz und die Polizei in ihrer Tätigkeit nicht so richtig erfolgreich waren, lässt sich bei diesem Vorfall nicht ansatzweise leugnen.

Man stellt allerdings nicht fest, dass das ein strukturelles Problem einer solchen Behörde ist. Das das in der Natur der Sache liegt, wenn sich eine Behörde selbst legitimieren will und ansonsten mit so einer Art 007 Freifahrtsschein agiert. Nein. Statt also mal nachzudenken und sich zu überlegen, was an dem System falsch ist, wird mal wieder gefolgert, dass man mehr Daten zentral sammeln muss. Das die Behörde nicht mächtig genug sei.

Nä, was ist das arm....

9. Der Chefteddy. Anarcho-Poetry von Ralf Burnicki

Im stillen Gedenken an Thomas Friedrich / Ultimo ⁽¹⁾

Da niemand mit ihm spielen wollte, brachte sich der Stopfteddy bei, aus dem Gesicht zu furzen, nannte das Sprache und erhielt auf diese Weise etwas Aufmerksamkeit, aber keine Freunde. Um Freunde einzutreiben, wollte er Gott werden, allerdings scheiterten Selbstversuche kläglich. In heftiger Liebe zu einem Tischbein entbrannt, endeten Kontaktbemühungen tragisch, denn das Tischbein beantwortete seine Hoffnungen nicht. Nun fantasierte er davon, Tischbeine in Frühstückgrütze zu verwandeln. Das ging nicht gut, und ein Nachttisch brach unter seinem Ansturm zusammen. Und wie sie so darniederlagen, mochte er keine Tischbeine mehr und er übte, eine Stuhlkante zu küssen, doch diese betrog ihn mit einer Fliege. Noch immer allein, gab er seinen Blähungen Namen und versammelte sie regelmäßig um sich, um ihnen die Welt zu erklären. Bei solchen Versammlungen schlief er regelmäßig ein, gleichwohl gewann er ein positives Verhältnis zu sich selbst.

In Ermangelung von Zuneigung verliebte er sich in sein Spiegelbild und kratzte sich versehentlich einige Erinnerungen auf, was ihn zwar kleiner, jedoch nicht bescheidener werden ließ. Prompt gründete er einen Club der Besserwisser, nur blieben Mitglieder aus, da er alles am besten zu wissen glaubte. Weil die Zeit reif war und die Pubertät neue Temperaturschwankungen anlieferte, befahl der Teddy eines Tages sämtlichen Bauklötzen, sich zum Papsttum zu bekennen und ihm fortan zu gehorchen. Damit er sich dem Himmel gegenüber (dessen Heiterkeit durchs Fenster fiel) als heilig erwies, versprach er, sich nicht mehr vor Tischbeinen auszuziehen, was sich rasch als Lüge entpuppte. Da er somit nicht zum Papst berufen war, begann die Militarisierung des Zimmers mit einem Rülpsen an stillgestandene Bauklötze und dem Versuch, Sitzkissen mit Flüchen zum Fliegen zu bringen. Aber die künftige Luftwaffe blieb am Boden, obwohl er mit der Bildung von Nebensätzen drohte.

Weil er von einer Welt ohne Widerworte träumte, wollte ihn die Pubertät nicht loslassen, darum nahm er sie überallhin mit bis ins späte Alter hinein. Am Ende des Flurs, der vom Kinderzimmer abstand und den er für eine göttliche Einladung hielt, erreichte er die Bekanntschaft einer Toilettenschüssel, erkannte die innere Verwandtschaft und legte ein Gewölle vor sie hin. Diese Leistung verringerte seine ausgestopfte Existenz, andererseits machte ihn jede Gedankenlosigkeit glücklich. Nachdem er seine Welt zurecht gebrüllt hatte, stand einer Thronbesteigung nichts mehr im Wege, bei der er sich mit etwas aufgefundenem Stiefelfett zum beispiellosen Rotzlöffel salbte und zum Beweis seiner Einzigartigkeit viele weitere Gewölle ausstieß, die am Rand der Klosettschüssel abschwollen. Mit jedem Ausstoß klein und kleiner werdend rutschte er in den Lokus, was er als Schmeichelei empfand, und noch einmal befahl er den Tischbeinen der Welt, vor ihm niederzuknien. Als ein gnädiger Nachmittag die Spülung zog.

Anmerkung: 1) Näheres bei Eingabe „IBZ Ultimo“ in google.de

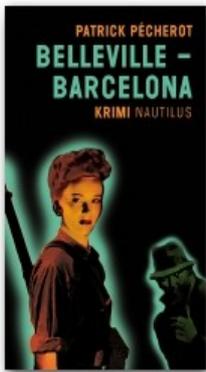
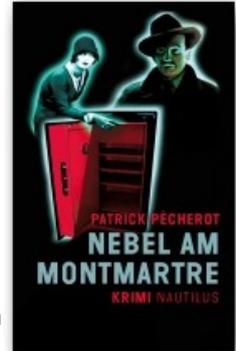
10. Lesetipp: Patrick Pécherot

Nebel am Montmartre - Belleville-Barcelona - Boulevard der Irren

Wer ein Faible für den französischen „roman noir“ hat, dieser Mischung aus Krimi und Geschichtsroman, wird bei Patrick Pécherots Trilogie voll auf seine Kosten kommen. Es sind Bücher gleichermaßen für Einsteiger wie für Fortgeschrittene. Man kann sie voraussetzungslos als spannende, sehr atmosphärische Krimis aus dem Paris der Zwischenkriegszeit lesen, ist aber sicherlich im Vorteil, wenn man sich ein wenig in der Literatur, Geschichte und Politik Frankreichs auskennt.

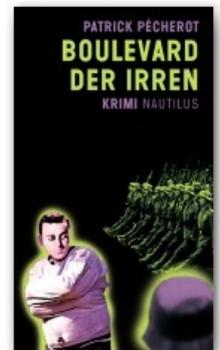
Tatsächlich treibt Pécherot auch ein vergnügliches literarisches Spiel. Den Helden seiner Trilogie, Nestor Burma, hat er sich bei einem berühmten Kollegen ausgeliehen, Léo Malet, dessen ab den 1940er Jahren entstandene Romane um den Privatdetektiv Nestor Burma Klassiker des Genre sind. Pécherot erzählt sozusagen die Vorgeschichte der Figur und orientiert sich dabei an der Lebensgeschichte ihrer Autors, Léo Malet, selbst.

Nebel am Montmartre spielt im Jahr 1926. „Pipette“ alias Nestor ist ein frisch im Paris der gar nicht so goldenen Zwanziger angekommener Provinzler, ein Junganarchist, der in den Bohème-Cabarets von Montmartre Gedichte rezitiert und unverhofft zur surrealistischen Gruppe um André Breton stößt. Mit viel Ironie werden alle möglichen (mehr oder weniger bekannten) Personen der Zeitgeschichte in eine haarsträubende Geschichte um einen geheimnisvollen Toten hineingezogen.



Belleville - Barcelona spielt zwölf Jahre später, 1938, wiederum in Paris. Der zeitgeschichtliche Hintergrund hat sich mittlerweile mächtig eingetrübt. Der Zweite Weltkrieg wirft seine Schatten voraus und in Spanien tobt der Bürgerkrieg - und beschränkt sich nicht auf Spanien. In Paris stößt Nestor, mittlerweile Detektiv bei einer Agentur, auf der Suche nach einer verschwundenen Fabrikantentochter auf die Spuren des russischen Geheimdienstes, der Jagd macht auf die linken Gegner von Väterchen Stalin, Trotzlisten und Anarchisten.

In **Boulevard der Irren** ist die Welt endgültig aus den Fugen geraten. Es ist der Mai 1940, kein Wonnemonat, denn die deutsche Wehrmacht marschiert auf Paris und alles befindet sich auf der Flucht. Wen interessiert da, ob ein Psychiater Selbstmord begangen hat oder nicht? Nur Nestor Burma, und er stolpert im Paris der Kriegs- und Besatzungsjahre wiederum in ein komplexes Geschehen, bei dem es um Euthanasie, das Gold der Spanischen Republik und vieles andere geht.



Nebel am Montmartre. Übersetzt von Katja Meintel, 192 Seiten.
Belleville - Barcelona. Übersetzt von Cornelia Wend, 224 Seiten
Boulevard der Irren. Übersetzt von Katja Meintel, 256 Seiten
alle Hamburg (Edition Nautilus) 2010/2011, je 14,90 €

11. Direkte Aktion #208 (November/Dezember 2011)

Ernährung als soziale Frage

Aus dem Inhalt: Ernährungslage: ein Problem der Verteilung oder des Mangels? ► Armut und Ernährung in Deutschland: Interview mit Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg ► Hunger - Katastrophe, Protest und Medienereignis: Gründe für die Diskrepanz zw. Produktion und Versorgung ► Sozialchauvinismus in Deutschland: Ausdruck einer autoritären Form der Krisenbewältigung? ► Die Sülzeunruhen 1919 in Hamburg ► Zur Verteilung von Broterwerb und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern ► Autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn ► 1 2 3 - Occupy ► Detroit: Von der Motown zum Urban Farming? - Über die Zerschlagung des Automobil-Proletariats, die Krise und über Bio-Gemüse aus der Innenstadt ► Interview mit ägyptischem Journalisten und Anarchosyndikalisten ► Ihre Show heißt Kapitalismus - kulturindustrielle Produktion von Krisenideologie ► sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m.

In OWL gibt es die DA, soweit uns bekannt, zur Zeit in:

Bielefeld: Eulenspiegel, Buchladen, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

mondo - buchladen & galerie, Elsa-Brändström-Str. 23, 33602 Bielefeld

Kontakte: www.direkteaktion.org oder www.fau.org/da

12. It's time to organize

- Join the Union: FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

nächste Treffen der Lokalföderation:

5.12.: Occupy-Bewegung und politische Mobilisierung

19.12.: Anarchistische Kritik am Parlamentarismus

montags um 19.30 Uhr in der Bürgerwache, Raum 102

FAU Bielefeld, c/o Bürgerwache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: www.fau-bielefeld.tk

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Interesse? Einfach vorbeikommen und reinhören, mitreden, mitmachen!

- selb(A)machen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sAm/ASJ)

**Wir treffen uns dienstags um 18.30h
im Infoladen Anschlag, Heeperstr.132**

<http://selbamachen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!

- Anarchistisches Treffen in OWL

Im Infoladen Bielefeld haben sich am Samstag den 5. November die Gruppen **selbAmachen**, **FAU Bielefeld** und das **[libertäre netzwerk lippe]** getroffen. Ziel dieses Treffens war das gemeinsame Kennenlernen und das Vernetzen von anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen in Ostwestfalen-Lippe.

Zu unserem ersten offiziellen Treffen am

Samstag den 10. Dezember im Infoladen Bielefeld (Heeper Str. 132) um 15.00 Uhr, bist du als Einzelperson oder auch ihr als Gruppe herzlich eingeladen.

IT´S TIME TO ORGANIZE !

13. Termine im Dezember

Donnerstag, 1. Dez., 18.00h: Stammtisch [libertäres netzwerk in lippe]

Lemgo, Zündkerze, Herforder Str. 2, www.anarchie-in-lippe.de

**Donnerstag, 1. Dez., 20.00h: »Memoiren eines Münsterländer Mastschweins«
Szenische Lesung mit Jürgen Buchmann**

Wegen des großen Andrangs: Zweite Aufführung

Veranstalter: Bürgerinitiative Bürgerwache e.V. in Kooperation mit dem Antiquariat Arndtstrasse
Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16, Raum 07, EG. (Saal)

Eintritt: 7,00 / 5,00 € (Abendkasse / Vorverkauf: Antiquariat Arndtstrasse)

Sonntag, 4. Dez., 15:00 Uhr: Public Domain #159 - präsentiert von Foebud e.V.

"Wenn der Stromverbrauch sekundengenau erfasst wird, braucht man eigentlich keine Videokamera mehr zur Überwachung der Wohnung."

Gastredner Klaus J. Müller, Fachmann für IT-Sicherheit aus Durbach spricht über die seit 2010

gesetzlich vorgeschriebenen intelligenten Stromzähler - sogenannte "Smart Meter" - und die dadurch möglich gewordene Überwachung und Manipulation der Verbrauchsdaten.

Bunker Ulmenwall, Kreuzstr.0, Bielefeld

mehr: www.bunker-ulmenwall.de/scripts/CreateContentMain.php?myId=ProgrammDetails,2612

Montag, 5. Dez., 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**

Bürger_innen_wache Bielefeld, Siegfriedplatz, Raum104 (1.OG, rechts)

Montag, 5. Dez., 19.30 Uhr: Der nächste Schritt für Occupy Wall Street: Häuser besetzen, Betriebe besetzen

Diskussion über politische Mobilisierung und soziale Netzwerke/Facebook in der Bürgerwache Freie Arbeiter_innen Union Bielefeld (FAU/IAA)

Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16,Raum 102

Montag, 5. Dez., 20.00 Uhr: Gemütlicher Liederabend

Roter Montag = Gruppe Kritik & Intervention, :uniLinks!, [association critique], Alles für Alle, Antifa AG

Extra-Blues-Bar, Siekerstr. 20, 33602 Bielefeld

Samstag, 10. Dez., 15.00h: Anarchist_inn_en-Treffen-OWL

Bielefeld, Infoladen (Heeper Str. 132)

Montag, 12. Dez., 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**

Bürger_innen_wache Bielefeld, Siegfriedplatz, Raum104 (1.OG, rechts)

Donnerstag, 15. Dez., : [libertäres netzwerk in lippe] - Treffen

Dörentrup-Hillentrup, Papiermühle, Schwelentruper Weg 5

Mittwoch, 14 Dez., 17:30 Uhr: Veggietag in Bielefeld

Planung von Aktivitäten rund um die Einführung des "Veggietag in Bielefeld"

mehr: www.welthaus.de/termine/detail/Terminansicht/veggietag-in-bielefeld/977/272/

Veranstalter: Projektgruppe "Lokaler Fleischkonsum - Globale folgen" / Welthaus Bielefeld im Welthaus Bielefeld, August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld

Mittwoch, 14 Dez., 20:00 Uhr: Christentum und Sozialismus. Der "Bund der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen Deutschlands", seine Botschaft, Aktion und Wirkungsgeschichte .
Dr. Reinhard Gaede

mondo , buchhandlung & galerie elsa-brändström-str. 23, 33602 bielefeld

Freitag, 16. Dez.,10.30h: „Dürfen die das?!?“ Hartz IV: Zumutbarkeit - Sanktionen - Leistungskürzungen

ALZ Blomberg, Bahnhofstraße 35

Samstag, 17. Dez., 18.00h: Erstes offizielles Treffen der TT-Bildungs-AG.

Gründungstreffen

Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16, Raum 104, 1.OG.

Veranstalter: Transiton Town Bielefeld

Montag, 19. Dez., 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**

Bürger_innen_wache Bielefeld, Siegfriedplatz, Raum104 (1.OG, rechts)

Montag, 19. Dez., 19.30 Uhr:Repräsentative Demokratie oder selbstverwaltete Gesellschaft? Zeitgemäße Gedanken aus anarchistischer Perspektive

Freie Arbeiter_innen Union Bielefeld (FAU/IAA)

Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16,Raum 102

Dienstag, 20. Dez., 19.30 Uhr: Klimaschutz mit Messer und Gabel

Klimagerechtes Essen schmeckt und tut gleichzeitig auch der Gesundheit gut! Wie werde ich beim Essen zum Klimaschützer?

Referentin: Dipl. Biol. Bettina Willne (Beraterin der Verbraucherzentrale NRW)

Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16, Raum 07 (Saal)

Veranstalter: Transiton Town Bielefeld

Dienstag, 20. Dez., 20.00 Uhr: Kritische Psychologie - damals und heute
Referent: Dr. Jörg Petry

er ist Psychologe, Arbeitsschwerpunkte: Computer- und Internetsucht. Er lebt in Bielefeld und arbeitet bundesweit für einen großen Krankenhausträger.

mondo , buchhandlung & galerie elsa-brändström-str. 23, 33602 bielefeld

Donnerstag, 22. Dez., 17.00 Uhr: »Vernissage: Bilder und Illustrationen«

Ausstellungseröffnung des russischen Künstlers Julian Jusim
Veranstalter: Bürgerinitiative Bürgerwache e.V. Eintritt frei
Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16, Raum 07 (Saal)

danach, ab : 19.00 Uhr, »Russischen Winterabend«

Anlässlich der Ausstellung des russischen Künstlers Julian Jusim begrüßen wir den Winteranfang mit typisch russischer Winterküche, Musik und Lesungen
Eintrittspreis: 10,- € / ermäßigt: 8,- € (Vorverkauf im Büro der Bürgerwache)
Veranstalter: Bürgerinitiative Bürgerwache e.V.
Bürger_innen_wache Bielefeld, Rolandstr., 16, Raum 07 (Saal)

Donnerstag, 29. Dez., 18.00h: Stammtisch [libertäres netzwerk in lippe]

Zeit: / Ort: Lemgo, Zündkerze, Herforder Str. 2, www.anarchie-in-lippe.de

Links



<http://zuchthaus.free.de/syndikat-a/>

barrikade # 6 - November 2011

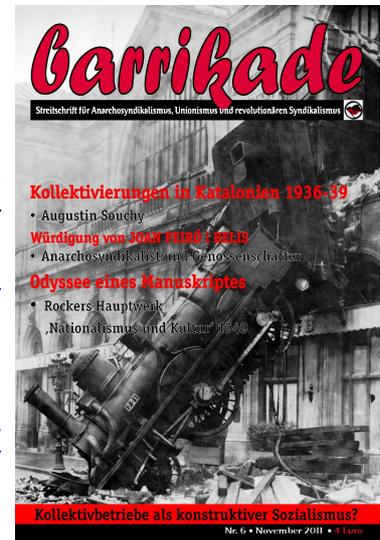
Umfang 48 Seiten – Preis: 4 Euro — Vorschau:

- Kollektivbetriebe als 'konstruktiver Sozialismus'?
- Kollektivierungen in Katalonien 1936-39 – Augustin Souchy
 - Theorie in Lichte der Praxis – Helmut Rüdiger
- Würdigung des Anarchosyndikalisten und Genossenschafters [Joan Peiró i Belis](#)
- Odyssee des Rudolf Rocker-Manuskriptes 'Nationalismus und Kultur' 1949
- Jan Appel – Erinnerungen

zu beziehen:

www.anarchosyndikalismus.de.vu/

Kontakt: barrikade [arruba] gmx.org



www.lippe-alternativ.tk/

Kontakt/Treffen: Kontaktieren könnt ihr uns über die unten stehende eMail-Adresse. Zu unseren Netzwerk-Treffen am 1. & 3. Samstag im Monat (siehe Termine) könnt ihr einfach so kommen. Na dann mal los...

eMail-Adresse: ainlippe(ÄT)riseup.net



Sozialforum Bielefeld

<http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/>

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag um 17:30 Uhr
im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO .

www.ag-freie-bildung.org/

**info-café: dienstags
15 - 18 h in Raum C02-206**

ag freie bildung
an der Uni Bielefeld



www.a-sortiment.de/

eulenspiegel

Buchladen

Hagenbruchstr.7 • 33602 Bielefeld,

Tel.: 0521 / 17 50 49 • Fax.: 0521 / 13 35 10

E-Mail: Buch_eulenspiegel@gmx.de

Öffnungszeiten: Montag - Freitag: 9.30 - 18.30 Uhr • Samstag: 10.00 - 16.00 Uhr

mondo

buchhandlung & galerie

Elsa-Brändström-Str. 23 33602 Bielefeld

Tel. 0521.64163 fax. 0521.64193 kontakt@mondo-bielefeld.de

geöffnet: mo-fr 11.00 - 18.00 sa 11.00 - 14.00



Bürgerwache Bielefeld:

www.bi-buergerwache.de/

Viertel Nr. 17 - Zeitung für Stadtteilkultur und mehr erschienen!

Die neuste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Viertel« liegt in der Bürgerwache sowie an öffentlichen Orten und Gastronomien im Stadtteil aus.

Die Ausgabe ist jetzt auch Online zugänglich unter:

www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php

Inhalt: Ausgabe Nr. 17 - Oktober/November 2011

Der Platz und das Wasser+++Neue Runde im Pömpel-Streit+++»Bufdis sind kein Ersatz«
+++Krieg im Paradies+++Zug, Ventil und viel, viel Luft+++Die Vielfalt ausbauen+++Alles
läuft rund+++Alter Stahl und Mischoxide+++An einem Tag im November+++Die besten
Werbespots aller Zeiten+++...

Viertel